

StaVo

Aktuell

Ausgabe 2/2018

DIARMSTADT
FRAKTION

SPD



Auf ein Wort vorweg: Das eigentliche und uneigentliche an Bürgerbeteiligung **Liebe Genossinnen und Genossen,**

in der jüngsten Sitzung unseres Stadtparlaments konnten wir an verschiedenen Stellen immer wieder feststellen, wie die Grün-Schwarze Stadtregierung Bürgerbeteiligung definiert. Komisch, mag der geneigte Leser und die geneigte Leserin womöglich denken. Denn eigentlich sollte es doch gar keiner Definition bedürfen. Sollte doch drinstecken, was drauf steht: nämlich die Beteiligung der Bürger bei städtischen Projekten. Ganz einfach. Tja, eigentlich. Aber uneigentlich ist das in Darmstadt nicht so ganz einfach. Ob im Bürgerforum Eberstadt, oder im Stadtteilforum Arheilgen, ob beim Mühlal-Bad oder bei der Ansiedlung eines weiteren Aldi: Für Grün-Schwarz heißt Beteiligung der Bürger oftmals nur Information, und

selbst die ist lückenhaft. Für echte Mitwirkung bleibt kein Raum, meist ist alles schon in trockenen Tüchern oder Projekte der Bürger werden nicht realisiert. Die Bürgerbeteiligung entpuppt sich häufig als Mogelpackung, die Versprechungen macht, die Grün-Schwarz nicht einhält. Ein Gewinn für Bürger und Demokratie sieht anders aus. Als Sprecher der SPD-Fraktion gebe ich Euch mein Wort: Wir werden uns immer gerne für Eure Belange einsetzen. Das heißt auch, dass wir als Sprachrohr der Bürger verstehen. Dieser Aufgabe können wir aber nur gerecht werden, wenn wir wissen, was die Menschen bewegt. Deshalb biete ich regelmäßig Bürgersprechstunden an. Die nächste findet am Donnerstag, 12. April, ab 18 Uhr im Restaurant

„Zum Storchen“ in Arheilgen statt. Ich würde mich freuen, wenn wir uns dort sehen. Bis dahin wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen unserer neuen „StaVo aktuell“.

Michael Siebel
Fraktionssprecher

Verkehr

Tim Huß: SPD will Großes Verkehrspaket für saubere Luft schnüren

Es ist passiert, wovor wir immer gewarnt haben: Das Bundesverwaltungsgericht hat in der Folge des Diesel-Skandals klargestellt, dass Kommunen Fahrverbote erlassen dürfen.

Das hat die SPD genutzt, um im Rahmen einer Aktuellen Stunde eine verkehrspolitische Generaldebatte zu initiieren und auf die massiven Missstände der grün-schwarzen Verkehrspolitik hinzuweisen.

Das Diesel-Urteil hat den Magistrat völlig unvorbereitet erwischt – obwohl es nicht überraschend kam. Nachdem es Grün-Schwarz über Jahre versäumt hat, den Radwegeausbau, das Schienennetz und die Elektromobilität voranzubringen, haben wir genau das in einem Antrag nochmal gefordert und forciert. Die Stickoxidwerte in Darmstadt sind die höchsten in Hessen. Deshalb wollen wir ein großes Verkehrspaket schnüren. Darin enthalten ist unter anderem ein

drei Millionen Euro schweres Sofortprogramm für den Radwegeausbau sowie ein 50 Prozent-Rabatt auf die ÖPNV-Jahreskarte. So können wir unsoziale Fahrverbote verhindern. Über die Verkehrswende ist schließlich viel zu lange geredet worden – es wird Zeit, dass wir sie endlich anpacken!





Bürgerbeteiligung

Oliver Lott: Diese Mogelpackung lehnen wir ab



Eine Mogelpackung ist für die SPD-Fraktion Darmstadt die Bürgerbeteiligung, wie sie von der Grün-Schwarzen Stadtregierung praktiziert wird. Im Stadtparlament lehnten die Sozialdemokraten deshalb die so genannte Vorhabenliste ab, die „Projekte zur Information und potenziellen Beteiligung der Bürger“ aufführt.

„Diese Liste erweckt gleich zweimal einen falschen Eindruck: zum Einen suggeriert sie Vollständigkeit, zum Anderen die Möglichkeit einer echten Beteiligung der Bürger, die den Leuten auch etwas bringt. Doch die Bürgerbeteiligung, wie sie praktiziert wird, ist für die Bürger kein Gewinn“, begründete der Eberstädter Oliver Lott die ablehnende Haltung seiner Fraktion. Der Vorwurf der SPD: Die Bürgerbeteiligung nach Grün-Schwarzem Modell kommt stets zu spät, nämlich dann, wenn der Zug bereits abgefahren ist. Als Beleg nannte Lott drei Beispiele: Die Ansiedlung eines

Aldi-Marktes im Ortskern von Arheilgen, den Willy-Brandt-Platz und Merck. „Wo waren denn hierzu die Veranstaltungen, die unseren Bürgern echte Beteiligung geboten hätten und das zu einem Zeitpunkt, als noch etwas zu bewegen war?“, fragte der SPD-Stadtverordnete. Und erhielt auch eine Antwort. Gerade bei Aldi sei man sehr früh in die Bürgerbeteiligung eingestiegen, sagte der grüne Oberbürgermeister. „Aber selbst zu diesem Zeitpunkt war das Projekt doch schon in seinen Grundfesten entschieden“, konterte Lott.

Der Kommunalpolitiker kritisierte obendrein, dass nichts umgesetzt werde, was beteiligte Bürger einbringen würden. „Nach teilweise monatelangen Workshops, Themenkreisen oder sonstiger Foren gehen die Bürger voller Hoffnung nach Hause und am Ende fallen die Projekte aus Geldmangel ins Wasser“. Auch diesen Vorwurf belegte Lott mit einem

Beispiel. Hier nannte er die Sanierung des Mühlthal-Bades. Seit vier Jahren werde hierüber diskutiert. Aber wann es tatsächlich los gehe, sei völlig ungewiss. Derzeit seien lediglich Planungsmittel hierfür eingestellt, jedoch erst für 2020. „Laut unserer DLRG ist es dann zu spät für eine Sanierung. Dann können wir das Bad nur noch abreißen“, sagte Lott.

Der SPD-Stadtverordnete kam daher zu dem Schluss: „Diesen Weg der Grün-Schwarzen Bürgerbeteiligung werden wir nicht mitgehen. Diese Mogelpackung lehnen wir ab.“





Digitalstadt ohne Digitalisierung
Politik-Posse um Bürgerbefragung – Ein Kommentar von Moritz Röder

Darmstadt befragt regelmäßig seine Bürgerinnen und Bürger und wertet die Ergebnisse aufwändig aus. Das ist sehr lobenswert, zu begrüßen und bringt häufig einen wirklichen Erkenntnisgewinn. Auch in diesem Jahr steht wieder eine Bürgerumfrage an und wie üblich wurde dazu eine Vorlage des Magistrats erstellt. 10.000 Fragebögen sollen per Post versendet werden, davon werden über 30 Prozent zurück gesendet und dann in mühevoller, monatelanger Kleinarbeit ausgewertet.

Vonseiten der UWIGA kam nun der eigentlich nahe liegende Vorschlag, auch die Möglichkeit zu schaffen, sich online zu beteiligen. Wer den Fragebogen nicht analog ausfüllen möchte, kann sich mit Hilfe eines PINs auch online einloggen und den Bogen dort ausfüllen. Das hat zudem den Vorteil, dass der Fragebogen in mehreren Sprachen angeboten werden kann

und so die Meinung möglichst vieler Einwohnerinnen und Einwohner gehört wird. Außerdem liegen die Ergebnisse dann schon digital vor und viele Stunden Arbeitszeit können eingespart werden.

Man muss wahrhaft keine Digitalstadt sein, um die Vorteile eines solchen Vorgehens zu erkennen. Als Digitalstadt ist es aber eigentlich Pflicht, die Vorteile zu erkennen. Es braucht schon die Grün/Schwarze-Koalition in Darmstadt, um bis zuletzt dabei zu bleiben, die Umfrage rein analog auf Papier durchzuführen. Bereits nach den ersten Redebeiträgen waren die faden-scheinigen Gegenargumente der Koalition entkräftet und bald hatten sich alle Oppositionsparteien inklusive der Kooperationspartner von UFFBASSE für den Antrag positioniert.

Dass er dann doch abgelehnt wurde, lag an der üblichen Clownerei des Ur-Uff-

bassers Jürgen Barth. Als einziges Fraktionsmitglied stimmte er mit der Koalition und verschafft Schwarz/Grün damit einen denkbar knappen Vorsprung. Dass Jürgen Barth nicht mehr im Zeitalter der Digitalisierung angekommen wird ist zu verschmerzen, dass die Regierenden Parteien das offensichtlich ebenfalls noch nicht sind – das sollte Sorge bereiten.





Arheilgen - ALDI

Michael Siebel: Statt großer Wurf ein Schlag ins Wasser



Große Pläne hat Aldi für Arheilgen: Im Ortskern will der Konzern ein Wohn- und Geschäftshaus errichten. Ziel ist es, die Bevölkerung mit allem zu versorgen, was sie braucht, Wohnungen mit Tiefgarage ebenso wie Lebensmittel. Angesichts dessen sollen die Arheilgen offenbar auf Wolke sieben schweben. Doch sie bleiben bodenständig und lehnen das Projekt ab. Die SPD-Fraktion solidarisierte sich nun mit ihnen.

Es sind ganz neue Wege, die Aldi in Arheilgen beschreiten möchte. Entgegen der üblichen Linie des Konzerns, Filialen am Stadtrand zu eröffnen, soll es jetzt mitten hinein ins Zentrum gehen. Obendrein ergänzt der Discounter sein Angebot um 15 Wohnungen, die über dem Geschäft und 49 Stellplätze, die in der Tiefgarage darunter geplant sind. „Was wohl als großer Wurf geplant war, droht ein Schlag ins Wasser

zu werden, vorbei an den Bedürfnissen der Arheilger“, meinte Michael Siebel, SPD-Fraktionssprecher. Denn zumindest trifft es nicht den Geschmack der Bevölkerung, der diese „rund-um-Versorgung“ aus der Hand von Aldi nur bitter aufstößt, wie die Sozialdemokraten aus dem Arheilger Stadtteilforum wissen. Was sie dort erfahren haben, trugen sie nun auch in die Stadtverordnetenversammlung, machten sich im besten Wortsinne zu einem Sprachrohr der Bevölkerung, hinein in die Kommunalpolitik.

So gab Siebel die Argumente gegen das Projekt wieder, die die Arheilger anbringen: Erstens: „Die Bevölkerung sieht keinen Bedarf für einen zweiten Aldi-Markt in ihrem Stadtteil.“ Sie fühlten sich durch die bereits vorhandene Filiale im Neubaugebiet, den im Ort verwurzelten Edeka-Markt, den

Drogeriediscounter im Ortskern und das Kleingewerbe bereits bestens versorgt. Zweitens: In Arheilgen gebe es durch viele Geschäftsleute und den örtlichen Gewerbeverein eine im Stadtteil verwurzelte und vernetzte sowie gut funktionierende Gewerbestruktur mit Tradition. Bei diesen teils alteingesessenen Geschäftsleuten und Bauern gebe es die nachvollziehbare Befürchtung, durch den Aldi im Ortskern vom Markt verdrängt zu werden. Siebel: „Deshalb müssen wir fragen, warum die grün-schwarze Stadtregierung eine solche Verdrängung einheimischer Geschäftsleute durch den Grundstücksverkauf an Aldi begünstigt,





anstatt die Strukturen vor Ort zu stärken.“ Drittens: Durch Anlieferungs- und Kundenverkehr befürchten die Arheilger, dass ein Verkehrschaos bei ihnen ausbricht, wie Siebel ausführte. Viertens: „Die Baulücke zwischen Frankfurter Landstraße und Darmstädter Straße hätte auch für andere Projekte genutzt werden können, etwa für die ausschließliche Schaffung von Wohnraum. So aber diktiert Aldi, wie viele Wohnungen dort entstehen“, kritisierte der SPD-Fraktionsprecher. Doch nicht nur der Plan von Aldi, auch die Kommunikationspolitik des Magistrats verärgert die Arheilger, wie Siebel darlegte. „Selbst auferlegte Leitlinien der Bürgerbeteiligung wurden an mehreren Stellen missachtet und umgangen“, monierte der Fraktionsprecher. Informationen seien nur spärlich geflossen, und wenn überhaupt, dann lückenhaft und irreführend. Obendrein habe der Magistrat nur über die Presse

kommuniziert, anstatt selbst geschaffene oder existierende örtliche Strukturen, wie das Stadtteilforum, zu nutzen. Siebel: „Beim jüngsten Stadtteilforum wurde noch nicht mal erwähnt, dass das Gelände verkauft wurde.“ Ungeachtet der ganzen Kritik ließ sich jedoch nicht am „vorhabenbezogenen Bebauungsplan“ für den Aldi-Markt rütteln. Die Stadtverordneten bekamen ihn lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt. Gleichwohl will die SPD-Fraktion auch weiterhin ein Sprachrohr für die Bürger sein. Deshalb bietet sie zum Thema Aldi, aber auch zur Straßenreinigung, eine Bürgersprechstunde in Arheilgen an. Am Donnerstag, 12. April, steht Fraktionsprecher Michael Siebel ab 18 Uhr im Restaurant „zum Storchen“, Darmstädter Straße 25, den Arheilgern zur Verfügung.



Bürgersprechstunde in Arheilgen: Aldi und Straßenreinigung Michael Siebel: Verärgerung der Leute hält an



„Kehrst Du noch? Oder zahlst Du schon?“, unter diesem Titel bietet SPD-Fraktionschef Michael Siebel am Donnerstag, 12. April, ab 18 Uhr, eine Bürgersprechstunde in Arheilgen, im Restaurant „Zum Storchen“ (Darmstädter Straße 25) an. Damit sind die Pläne von Aldi jedoch nicht vom Tisch gefegt. Auch dies dürfen die Bürger gerne auf Tapet bringen.

„Wir haben unsere Straße immer gern gekehrt. Das war hier gute Tradition. Und wir haben es auch ordentlich gemacht“, ärgerte sich kürzlich ein Bürger im Gespräch mit Siebel. Der Arheilger ist damit nicht allein. Doch „ein Jeder kehre vor seiner eigenen Türe“ ist in Arheilgen, Eberstadt und Wixhausen für Viele Vergangenheit. Sie dürfen nicht mehr zum Besen greifen, dafür aber in die Tasche. Denn für den seit Januar aufgezwungenen EAD-Service bittet die grün-schwarze Stadtregierung ihre Bürger zur Kasse. Schon zu Jahresbeginn trat die neue Straßenreini-

gungssatzung in Kraft. Trotzdem: Für die Betroffenen ist es noch kein Schnee von gestern. „Die Verärgerung der Leute hält an, das stelle ich immer wieder fest“, sagt Siebel. Deshalb bietet er am Donnerstag, 12. April, eine Bürgersprechstunde in Arheilgen an, wo nicht nur die Straßenreinigung, sondern auch das Projekt von Aldi die Bevölkerung verärgert. „Wir hatten im Stadtparlament gegen diese Änderung der Straßenreinigungssatzung gestimmt, ebenso wie wir uns gegen den zweiten Aldi aussprechen. An unserer Haltung hat sich seither nichts geändert“, bekräftigt der Sozialdemokrat und verspricht, „wo wir uns als Kommunalpolitiker für die Bürger einsetzen können, werden wir es gerne tun.“

**Bürgersprechstunde
des SPD-Fraktionschefs
12. April, 18 Uhr,
im „Storchen“**





Nordbad

Moritz Röder: Ja zum Nordbad – Nein zur Kostensteigerung



Darmstadt ist Sport- und besonders auch Schwimmstadt. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Stadt mit dem Neubau des Nordbads ein funktionales Schwimmbad erhält, das viele wichtige Ziele vereint. Mit dem Bewegungsbad wird die Inklusion gefördert, für Familien sind Baby- und Kinderbecken besonders interessant, Einzelschwimmer und Sportler fühlen sich im Schwimmerbecken wohl. Insgesamt sind die Pläne für den Neubau also sehr zu begrüßen. Zu kritisieren ist allerdings die Kostenentwicklung.

Viel zu teuer fand Dezernent Raphael Reißer im Jahre 2011 die Pläne der SPD, das Schwimmbad für 19 Millionen Euro zu sanieren – für 13 Millionen sei ein Neubau zu haben, so Reißer damals. Als es dann 2016 konkret wurde, waren die Kosten bereits explodiert. 37,9 Millionen Euro beschloss die Stadtverordne-

tenversammlung im Sommer 2016 für den Neubau. Oben drauf kamen 5,7 Millionen als Risikofaktor und für Steigerungen des Baupreisindex.

In der aktuellen Magistratsvorlage wird der Kostenrahmen überschritten, der Puffer für Risiken und Steigerungen des Baupreisindex beinahe komplett ausgeschöpft. 43,2 Millionen Euro soll der Bau jetzt kosten. Da es aber weiterhin Risiken gibt und das Bauen aufgrund der guten Konjunktur teurer wird, müssen weitere Risikopuffer eingezogen werden. Insgesamt 47 Millionen stehen jetzt bereit.

„Das Nordbad ist nur ein Beispiel der letzten Jahre, in dem Kostenschätzung und Kostenberechnungen ganz erheblich auseinanderliegen. Wenn wir aber seriös Haushalten wollen, dann müssen die Schätzungen der Stadt viel besser werden. Sonst sind auch Risikopuffer Ma-

kulatur. Sie sollen nämlich tatsächlich Risiken finanziell absichern und nicht bereits in der Planungsphase voll ausgeschöpft werden“, erklärt der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Moritz Röder.

Es gibt allerdings auch Gründe für den zügigen Neubau des Nordbads und diese Gründe führten in einem Abwägungsprozess dazu, dass die SPD dem Projekt schließlich die Zustimmung nicht verweigerte.





So wurde auf Antrag der SPD ein externer Projektsteu-
erer eingesetzt, der bereits erhebliche Erfahrungen im
Schwimmbadbau hat und besonders auch einen kri-
tischen Blick auf die Kosten werfen soll. Außerdem
wurde in einem transparenten Prozess und regelmä-
ßigen Berichten vonseiten der Verwaltung immer wieder
deutlich gemacht, wo versucht wurde, die Kosten zu
senken. Dabei gab es eine ganze Reihe Maßnahmen,
die am Ende halfen, die Kosten nicht weiter explodieren
zu lassen.

Das Hauptargument ist aber, dass die SPD schon
immer klar für den Bau des Nordbads als inklusives
Trainings-, Sport- und Familienbad eintritt. Noch ein-
mal nachzurechnen, noch mehr externen Sachver-
stand hinzu zu ziehen, um die Kostenberechnungen
zu überprüfen, wäre dabei kontraproduktiv gewesen.
Weitere Planungskosten wären auf die Stadt zuge-
kommen und das Bauen wahrscheinlich noch teurer

geworden. Schließlich hätte man die Zahl der Becken
reduzieren müssen, Kinder, Menschen mit Behinde-
rung oder Sportler hätten keine Heimat im Nordbad
mehr gefunden.

Das war nicht der Wille der SPD und so stimmte die
Fraktion schließlich dem Neubau im neuen Kostenrah-
men zu.



Abschiebegefängnis in Eberstadt

Sabine Heilmann: Wahrung der Persönlichkeitsrechte und Würde der Untergebrachten in der Abschiebungshaft



Nach einer Entscheidung des EuGH aus dem Jahr 2014 müssen Abschiebungshäftlinge grundsätzlich in speziellen Hafteinrichtungen untergebracht werden. In Hessen erfolgte die Abschiebungshaft bis zu diesem Zeitpunkt jedoch in Justizvollzugsanstalten.

Nach der erfolgreichen Klage eines hessischen Abschiebungshäftlings sind die hessischen Abschiebungshäftlinge in der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige in Ingelheim (Rheinland-Pfalz) untergebracht worden. Der Hessische Landtag hat sich im Dezember 2017 in dritter Lesung mit dem Gesetzentwurf von CDU und Grünen zum Vollzug der Abschiebungshaft beschäftigt und ein Gesetz (VaFG) erlassen, indem die JVA Eberstadt als Abschiebegefängnis dem PP Südhessen angebunden wird. Hes-

sens Abschiebegefängnis in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Darmstadt soll nach dem Umbau bis spätestens Ende März 2018 in Betrieb gehen.

Gemäß §§ 58,62 des Aufenthaltsgesetzes ist die Ausreise vollziehbar, wenn der Ausländer unerlaubt eingereist ist, keine Verlängerung des Aufenthaltstitels beantragt hat oder aufgrund einer Rückführungsentscheidung eines Mitgliedstaates der EU ausreisepflichtig wird. Die Sicherungshaft kann durchschnittlich bis zu sechs Monaten angeordnet werden.

Einziger Zweck der Abschiebung ist die sichere Ausreise.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, hatte um Zustimmung zu dem umfassenden Änderungsantrag der SPD geworben, den CDU und Grüne

abgelehnt hatten. „Wir schließen uns der Landtagsfraktion an; die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser plädierte dafür, die Abschiebungshaft humanitär auszugestalten. Denn Abschiebungshaft ist eben keine Strafhaft und darf nur Ultima Ratio sein. Es sollte deshalb gleich zu Beginn des Gesetzes klar sein, dass die Persönlichkeitsrechte und die Würde der Untergebrachten gewahrt werden“, erklärte die Stadtverordnete Sabine Heilmann. Die SPD habe in ihrem Änderungsantrag geregelt, dass Minderjährige, Schwangere und Mütter im Mutterschutz nicht in Abschiebehaft genommen werden dürfen. Viele andere Bundesländer haben in Erlassen geregelt, dass besonders schutzbedürftige Personen nicht inhaftiert





werden dürfen. Die schwarzgrüne Landesregierung muss daher aufgefordert werden hier eine zusätzliche Regelung zu treffen, die sicherstellt, dass den schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs entgegengewirkt wird.

Religionsausübung und Betreuung durch Sozialarbeiter sowie Handynutzung mit der Einschränkung der Kameraversiegelung wurden im Gesetz vorgesehen. Dem Antrag der Partei Uffbasse war insoweit zuzustimmen, dass zusätzlich eine Regelung für die juristische und psychologische Betreuung aufgenommen werden soll.

Dem Antrag von UFBASSE, seitens der Stadt den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes in Eberstadt im Auge zu behalten, wird seitens der SPD-Fraktion zugestimmt; zumal laut Schreiben des Polizeipräsidenten Stadtverordnete die Möglichkeit haben, ehrenamtliches Mit-

glied im Anstaltsbeirat zu sein, der bei der Gestaltung des Vollzugs und der Betreuung der Untergebrachten mitwirkt, schloss die Stadtverordnete Heilmann ihre Rede ab.





Schulen

Klaus Uebe: Ich mache mich dafür stark, weil es sonst kaum jemand macht



Eingebrochenes Dach, Klassenräume, in die es reinregnet, undichte Fenster, kaputte Heizungen – das ist der Zustand vieler Schulen ausgerechnet in der Stadt, die sich „Wissenschaftsstadt“ nennt. Gäste aus Korea fanden jüngst dafür die Beschreibung „wie in einem Entwicklungsland“. Das soll sich jetzt ändern, Dank des Bundes, der ein Förderprogramm zur Sanierung maroder Schulen aufgelegt hat. Hiervon will die Stadt profitieren und vier Schulen herrichten. Für die Anmeldung der Arbeiten gab die Stadtverordnetenversammlung nun grünes Licht, auch die SPD-Fraktion - allerdings mit Bauchschmerzen und der dringlichen Bitte, die Wilhelm-Hauff-Schule als erste anzugehen. Über die Gründe hierfür sprachen wir mit dem bildungspolitischen Sprecher, Dr. Klaus Uebe.

StaVo aktuell: Herr Uebe, der Bund hat 533 Millionen in einen Fördertopf für Schulsanierungen gesteckt. Hiervon will die Stadt 24,4 Millionen abschöpfen, um

die Elly-Heuss-Knapp-Schule, die Stadtteilschule Arheilgen, die Wilhelm-Hauff-Schule in Eberstadt und das Lichtenberg-Gymnasium auf Vordermann zu bringen. Was bereitet Ihnen daran Bauchschmerzen?

Klaus Uebe: Selbstverständlich begrüßen wir den Beschluss, den wir ja auch mitgetragen haben. Was schmerzt, ist, dass die Verwaltung zusätzliches Personal bewilligt haben wollte, um die Bauarbeiten im Rahmen des Förderprogramms auch umsetzen zu können. Es geht immerhin um neun Stellen, davon acht beim Eigenbetrieb Immobilienmanagement Darmstadt (IDA) und eine weitere im Schulamt. Aber im Hinblick auf die Dringlichkeit der Ausführung und Fertigstellung bis zum Jahre 2022 – eine Auflage des Förderprogramms – haben wir diese Kröte geschluckt und zugestimmt.

StaVo aktuell: In Ihrer Rede forderten Sie, die Sanierung der Wilhelm-Hauff-Schule als erste anzupa-

cken. Was sind Ihre Gründe hierfür?

Klaus Uebe: Der miserable Zustand dieser Schule ist seit mehr als zehn Jahren bekannt und jetzt mehr als überfällig. Schon seit 2007 sollte nach detaillierten Plänen saniert werden, aber es wurde immer wieder auf die lange Bank geschoben. Bei den Haushaltsberatungen für 2017 hatte die SPD beantragt, zwei Millionen Euro für die Sanierung zur Verfügung zu stellen. Damals ging es jedoch „nur“ um undichte Fenster, die sich aufgrund eines defekten Schließmechanismus schwer öffnen und schließen lassen. Deshalb mussten sie zur Verhinderung von Einbrüchen behelfsmäßig durch einen Holzstab gesichert werden. Unser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Mittlerweile geht es in der Wilhelm-Hauff-Schule nicht mehr um kaputte Fenster allein. Der Zustand hat sich dramatisch verschlechtert.





In manchen Unterrichtsräumen fallen Platten von den Decken. Das Dach brach an einer Stelle durch, Regen drang ein bis es notdürftig von der Feuerwehr geflickt wurde.

StaVo aktuell: In einem solch baufälligem Gebäude zu lernen, ist sicher eine Belastung. Was wissen Sie über die Situation der Schüler?

Klaus Uebe: Die Schule ist eine Grundschule im sozialen Brennpunkt Eberstadt-Süd. Die Schüler haben zu 95 Prozent Migrationshintergrund. In manchen Klassen gibt es nur einen deutschstämmigen Mitschüler. Durch die Betreuungsprogramme besteht jetzt obendrein zusätzlicher Raumbedarf. Marode und beengt, so stellt sich die Situation für die Kinder dar. Für Kinder, die es ohnehin schon schwerer haben, als andere. Wir wissen heute gesichert, dass die Lernumgebung maßgeblich über den Lernerfolg entscheidet. Aber was soll denn bei einer solchen Lernumgebung heraus kommen? In der Herbstsitzung des Schulaus-

schusses in der Wilhelm-Hauff-Schule haben wir uns erneut von der Dringlichkeit der Sanierung überzeugt. Die Vertreter von IDA bestätigten die notwendige Sanierung.

StaVo aktuell: Die Sanierung der anderen Schulen ist ebenso notwendig. Weshalb machen Sie sich für die Wilhelm-Hauff-Schule so stark??

Klaus Uebe: Ich mache mich dafür stark, weil es sonst kaum jemand macht. Bei Schulausschusssitzungen in anderen Grundschulen, wie zuletzt in der Heinrich-Hoffmann-Schule, sind immer viele Eltern dabei, um ihre Forderungen zu formulieren und Druck zu machen. Zu der Sitzung in der Hauffschule kam kein Vater und keine Mutter. Nur die Rektorin Frau Hallermann mit Kollegen, deren Einsatz bei der Unterrichtung und Betreuung der Schüler und Schülerinnen bewundernswert ist, und die ehemalige Rektorin, Frau Zitz-

mann, kämpften für die baldige Sanierung. Es ist also an uns, dafür zu sorgen, dass die Sanierung der Wilhelm-Hauff-Schule nicht wieder nach hinten geschoben wird, weil die Eltern von den anderen drei Schulen, die von dem Programm profitieren, nämlich die Elly-Heuss-Knapp-Schule, die Stadtteilschule Arheilgen und die Lichtenbergschule stärker drängeln; diese drei Schulen sind nicht in einem so beklagenswerten Zustand wie die Wilhelm-Hauff-Schule und nicht in einem sozialen Brennpunkt gelegen. Auf Nachfrage erklärte mir die Rektorin kürzlich, dass sich bisher noch niemand von der Stadt mit ihr wegen dieses Projekts in Verbindung gesetzt habe. Das bestärkt meine Befürchtungen. Deshalb mein Appell an Herr Reiser: Nehmen Sie sich persönlich der Sache an.





kurz gefragt & schnell beantwortet



Sabine Heilmann (fragte erneut): „Sind mittlerweile Lösungen für die Zufahrt von größeren PKW und LKW zur Anlieferung des Orangeriegebäudes - außer der Durchfahrt durch den Nordeingang - gefunden worden, damit endlich das schon länger restaurierte Nordtor aus der Werkstatt abgeholt und vor Ort am Eingang der Orangerie eingebaut werden kann?“

Dr. Barbara Boczek: „Ja, es gibt eine Lösung, die im Laufe des Jahres 2018 umgesetzt wird. Die Orangeriemauer an der Zufahrt Klappbacher Straße wird umgebaut, so dass eine bessere Verkehrsübersicht bei der Ausfahrt auf die Klappbacher Straße gewährleistet ist. Der Bauernmarkt wird auf den Parkplatz in der Orangerie verlagert und das Nordtor gesichert, so dass keine Zufahrt für PKW und LKW von der Jahnstraße mehr möglich ist. Wenn alle Maßnahmen umgesetzt sind, kann das fertig restaurierte Tor eingesetzt werden.“



Moritz Röder: „Wann ist mit der geplanten Sanierung der Kita Kurt-Schumacher Str. 62 in Eberstadt zu rechnen, die von der Evangelischen Kirchengemeinde Eberstadt - Süd betrieben wird?“

Jochen Partsch: „Der Beginn der Maßnahme ist abhängig von der Möglichkeit der interimswise Unterbringung der Einrichtung während der Bauzeit. Aktuell stehen dem Eigenbetrieb Immobilienmanagement keine Standorte für eine Unterbringung in Eberstadt zur Verfügung. Mögliche Lösungsansätze werden bis zum Sommer 2018 geprüft und nach stadtinterner Klärung als Bestandteil der Sanierung weiter verfolgt. Ein möglicher Ansatz wäre die vorläufige Unterbringung der Kindertagesstätte in einem beabsichtigten Neubau auf dem Gelände der Ludwig-Schwamb-Schule. Sollte dieser Ansatz zum Tragen kommen, wäre ein Sanierungsbeginn 2021 möglich.“





kurz gefragt & schnell beantwortet



Brigitte Zypries: „Wie viele NutzerInnen hat die Warnapp Biwapp in Darmstadt und wie häufig wurde seit Einführung über die App informiert?“

Rafael Reißer: „Innerhalb der ersten fünf Wochen des Jahres 2018 gab es neun Anwendungen der APP, dabei wurden im Durchschnitt 4.815 Endgeräte erreicht. Das entspricht einem theoretischen Anteil von ca. drei Prozent der in Darmstadt gemeldeten Einwohner. Die Schwankungen in den Zahlen entstehen durch die persönlichen Einstellungen der Wächterfunktion in der APP und die individuelle Auswahl bei den Themen.“

Dieser Wert ist aus Sicht der Feuerwehr beeindruckend, da das System überhaupt erst seit 1. Januar 2018 betrieben wird. Zum Vergleich: In einer Veröffentlichung des Darmstädter Echos (echo-online vom 4. April 2016) werden Zahlen des Landkreises Darmstadt-Dieburg für Katwarn genannt: Im ersten Jahr der Einführung von Katwarn im Landkreis gab es 1.750 und dann bis zu Veröffentlichung 10.500 Anmeldungen. Das würde ca. 3,6 Prozent der Landkreis-Bevölkerung entsprechen (Bezugsgröße: 28.913 Einwohner).“



Yasemin Aslan: „Durch wen und auf welcher Rechtsgrundlage wurde die Fällgenehmigung für die Roteiche erteilt, die auf dem Platz zwischen Heinrich-Wingerts-Weg, Schollweg, Claudiusweg und Lossenweg stand?“

Dr. Barbara Boczek: „Die Roteiche musste gefällt werden, weil sie nicht mehr verkehrssicher war. Zusätzlich zu den notwendigen Sichtkontrollen wurde die Eiche mit einem Resistographen (Bohrwiderstandsmessung) eingehend untersucht und festgestellt, dass die Restwandstärke des Stammes deutlich zu gering war. Da der Baum auf einer Verkehrsinsel mit hoher Personenfrequenz stand, wurde vom Grünflächenamt entschieden, ihn umgehend zu fällen. Die Ermächtigungsgrundlage dafür ist §823 ff BGB in Verbindung mit Ziffer 5 der städtischen Dienstabweisung zur Überwachung, Behandlung und Schutz des städtischen Baumbestandes vom 1. Januar 1984.“





kurz gefragt & schnell beantwortet



Michael Siebel: „Wann ist mit der Genehmigung des Haushaltsplanes 2018 durch die Aufsichtsbehörde zu rechnen, damit die Vereine und Verbände Planungssicherheit haben?“

André Schellenberg (antwortet frei): „Auch in diesem Jahr haben wir die Haushalts-Unterlagen sehr frühzeitig eingereicht. Heute haben wir ja auch den Finanzstatus beschlossen. Wir haben beim Regierungspräsidium auch schon nachgefragt, wann mit der Genehmigung unseres Haushaltsplanes zu rechnen sei. Daraufhin haben wir die mündliche Auskunft erhalten, aufgrund unserer Zahlen sei die Genehmigung unproblematisch. Aber wir können keinen Druck machen. Ich könnte mir vorstellen, dass die Genehmigung noch vor Ostern vorliegt, aber darauf lasse ich mich nicht festnageln.“



kurz gefragt & schnell beantwortet



Ursula Knechtel: „Wie viele Stellen, die das Land in der Schulsozialarbeit zusätzlich bereitstellt, erhält Darmstadt und an welchen Schulen sind diese Stellen?“

Rafael Reißer: „Darmstädter Grundschulen erhalten ab dem 1. Februar 2018 unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte/UBUS, von insgesamt 298,77 Stunden. Das ist jedoch keine Schulsozialarbeit. Auf die einzelnen Schulen entfallen:

Andersenschule	14,23 Stunden
Christian-Morgenstern-Schule	14,23 Stunden
Bessunger Schule	14,23 Stunden
Astrid-Lindgren-Schule	28,45 Stunden
Elly-Heuss-Knapp-Schule	14,23 Stunden
Frankensteinschule	-
Friedrich-Ebert-Schule	-
Goetheschule	28,45 Stunden
Heinrich-Heine-Schule	14,23 Stunden
Heinrich-Hoffmann-Schule	14,23 Stunden
Käthe-Kollwitz-Schule	14,23 Stunden
Ludwig-Schwamb-Schule	14,23 Stunden
Schillerschule	28,45 Stunden

Wilhelm-Busch-Schule	14,23 Stunden
Wilhelm-Hauff-Schule	14,23 Stunden
Georg-August-Zinn-Schule	-
Mornewegschule	28,45 Stunden
Erich-Kästner-Schule Grundschule	42,67 Stunden

